Die Schleswig-Frage 1920 und der Aufstieg Niebülls zum kommunalen Mittelpunkt Südtonderns.

Wolfgang Raloff

Das Jahr 1919 begann für die Deutschen mit einem herausragenden, bedeutenden Ereignis: Es war die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung. Sie fand am 19. Januar 1919 statt. Es war die erste allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, an der zum ersten Mal auch die Frauen teilgenommen haben. Bisher wurden die Abgeordneten des Reichstages mit einem allgemeinen, gleichen und geheimen Männerwahlrecht gewählt. Und zu den Landtagen wählte man noch bis dahin nach dem Dreiklassenwahlrecht.

Die Nationalversammlung 1919

Die Weimarer Nationalversammlung trat am 6. Februar 1919 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen, und sie hatte die Aufgabe, die Verfassung der neuen Republik zu schaffen.

Am 31. Juli 1919 nahm die Weimarer Nationalversammlung die neue republikanische Verfassung mit großer Mehrheit an. Es gab 262 Ja-Stimmen (von SPD, DDP, Zentrum), 75 Nein-Stimmen (von DVP, DNVP, Bayerischem Bauernbund, USPD) und 1 Enthaltung. Somit erhielt die Verfassung eine Zustimmung von 77,5 Prozent.

Die Weimarer Verfassung wurde am 14. August 1919 verkündet, und sie war die erste republikanische und demokratische Verfassung in Deutschland. Sie löste die alte monarchische Reichsverfassung aus dem Jahre 1871 ab. Damit hatte Deutschland zu dieser Zeit die am weitesten demokratische Verfassung in Europa. Ministerpräsident Gustav Bauer sagte zur Begrüßung der neuen Verfassung. Der jetzige Augenblick sei die Geburtsstunde des neuen Deutschlands.

Es war wie ein Signal gewesen, wie das Entfachen einer Flamme für die neue Republik, die Wahlbeteiligung bei der Wahl zur Nationalversammlung hatte mehr als 83% betragen. Die Sozialdemokraten, das Zentrum und besonders die

Deutsche Demokratische Partei, die DDP, sie hatten große Wahlergebnisse erzielt, zusammen 76,2%. Als erste Regierung dieser Republik bildete sich aus diesen drei Parteien die sogenannte „Weimarer Koalition“.
Aber schon 1920 bei der nächsten eigentlichen Reichstagswahl verlor diese Koalition ihre Mehrheit, und es gab von jetzt an in dieser Periode keine stabilen Regierungen mehr. Die Flamme war wieder erloschen. Die Begeisterung für die neue Republik war in vielen Teilen der Bevölkerung nur oberflächlich gewesen.

Diese Verfassung auszuarbeiten, sie zu schaffen, war nicht die schwierigste Aufgabe der Nationalversammlung. Nein, viel schwieriger war es, die Frage zu beantworten, der sich die Nationalversammlung zur gleichen Zeit auch stellen musste: Annehmen oder Ablehnen des Versailler Friedensvertrages nach dem verloren gegangenen Kriege. Der Versailler Vertrag enthielt schwerwiegende Auflagen für das Deutsche Reich: Gebietsverluste, Wiedergutmachung durch Reparationen, Begrenzung der Reichswehr, Verlust der Kolonien.
Für die Provinz Schleswig-Holstein enthielt der Versailler Vertrag ebenfalls folgenschwere Bestimmungen. Der Vertrag legte in den Paragraphen 109 bis 114 fest, dass eine Volksabstimmung im Herzogtum Schleswig stattfinden sollte, und zwar in zwei Abstimmungszonen. Das würde schließlich dazu führen, dass die beiden Landkreise Flensburg, an der Ostküste, und Tondern im Westen in jeweils zwei Teile zerschnitten werden könnten, denn die Grenze zwischen den Abstimmungszonen ging durch sie mitten hindurch.

Das Herzogtum Schleswig um 1900

Eine dänische Karte um 1900 gibt uns einen Überblick über das Herzogtum Schleswig kurz vor der Abstimmung. Wir sehen z. B. die Landkreise Hadersleben, Apenrade, Sonderburg, Flensburg, die Stadt Flensburg, Tondern und Husum.

Der Landkreis Tondern

Ein Ausschnitt aus der Karte zeigt uns den Landkreis Tondern. Er war der größte Kreis der Provinz Schleswig-Holstein. Der Kreis Tondern besaß 2 Städte: Tondern, Westerland, 3 Flecken: Hoyer, Lügumkloster, Wyk a. F. und 32 Amtsbezirke, darin 181 Landgemeinden und 11 Gutsbezirke.
Das nächste Bild zeigt eine Aufteilung des Kreises in seine Kirchspiele.
Und so würde es aussehen, wenn durch das Ergebnis der Abstimmung der Kreis geteilt werden müsste: Der Norden fiele an Dänemark, der Süden würde dem Deutschen Reich zurückgegeben werden.

Die Kirchspiele des Kreises Tondern

Mögliche Teilung des Kreises

Am 7. Mai 1919 vollzog sich dann im Hotel „Trianon Palace“ in Versailles die Übergabe der Friedensbedingungen. Der Inhalt der 200 Seiten des Textes war ein herber Schlag für alle Deutschen. Deutschland hatte keine Möglichkeit erhalten, sich als Verhandlungspartner bei den Friedensverhandlungen miteinzubringen, sich zu beteiligen.
Am 23. Juni 1919 kam es dann zu der historischen Sitzung der Nationalversammlung in Weimar. Reichskanzler Gustav Bauer (SPD) eröffnete die Sitzung. Philipp Scheidemann war mit seinem Kabinett kurz vorher zurückgetreten. In einem waren sich alle einig, und zwar in der scharfen Verurteilung des Friedensvertrages.

Gustav Bauer führte schließlich aus: *Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewusstsein, dass es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist […].*
Es folgte die Abstimmung. Annahme: 237 gegen 138 bei 5 Enthaltungen.
Bei den Zustimmenden befanden sich die Sozialdemokraten, das Zentrum, Unabhängige Sozialisten und ein Teil der Demokraten, bei den Gegenstimmen die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die Deutsche Volkspartei (DVP).
Der Friedensvertrag ist am 28. Juni 1919 um 3 Uhr im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles unterzeichnet worden.

Was bedeutete nun der Friedensvertrag für Schleswig – Holstein, für den Landesteil Schleswig? Der Vertrag bestimmte in den Paragraphen 109 – 114 das Abstimmungsgebiet und die Modalitäten der Volksabstimmung in Schleswig.
Das Abstimmungsgebiet wurde in zwei Zonen unterteilt. Die Grenze bildete die sogenannte Clausen-Linie. Das war eine Grenzlinie, die der dänische Historiker Hans Victor Clausen 1891 als anzunehmende Sprachgrenze zwischen Deutschland und Dänemark vorgeschlagen hatte.

Die Abstimmungszonen

Zur Zone I gehörten die Kreise Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und die Nordteile der Kreise Flensburg und Tondern.
Und die Zone II wurde gebildet von der Stadt Flensburg, dem Teilgebiet des Kreises Husum und von den Südteilen der Kreise Flensburg und Tondern. Auf eine zunächst vorgesehene 3. Zone wurde verzichtet.
Dadurch wurden Teile der Kreise Tondern und Flensburg durch diese Linie auf beide Abstimmungszonen aufgeteilt.
Zur Frage der Abstimmungsmodalitäten wurde im Wesentlichen Folgendes bestimmt:

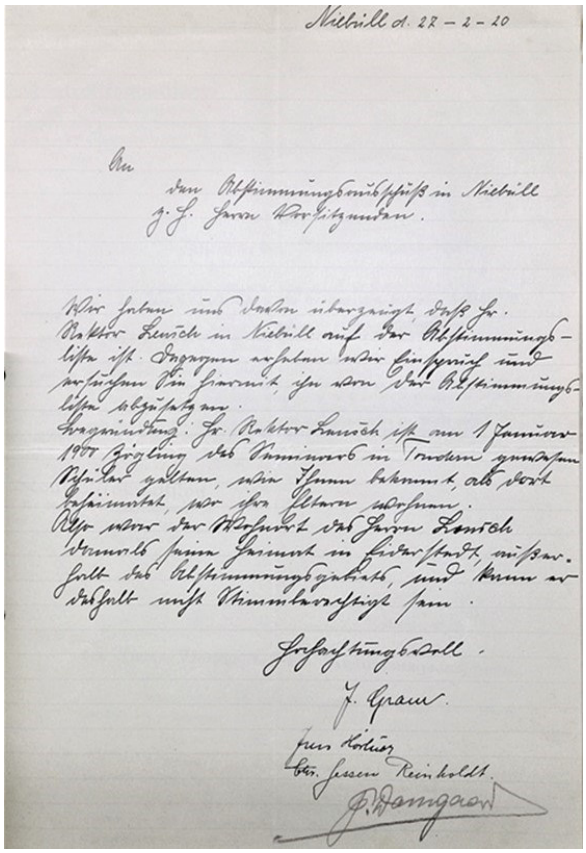
1) Enbloc – Abstimmung in Zone I (also nördlich der Clausen Linie) und gemeindeweise Abstimmung in Zone II.
2) Die Stimmberechtigung:
   a) Bei Vollendung des 20. Lebensjahres

b) Man musste in dem Gebiet geboren sein oder dort seit vor dem 1. Januar 1900 den Wohnsitz gehabt haben.

Was bedeutete das? Es gab drei Arten von Stimmberechtigten:

1. Im Abstimmungsgebiet geborene und wohnhafte Personen.
2. Im Abstimmungsgebiet geborene, aber nicht wohnhafte. Sie mussten einen schriftlichen Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten stellen unter Beifügung der Papiere.
3. Die nicht im Abstimmungsgebiet Geborenen, aber dort seit vor dem 1. Januar 1900 Wohnhaften. Sie mussten den Eintrag in die Stimmlisten schriftlich beantragen und behördliche Bescheinigungen aus den Gemeinden des Abstimmungsgebietes beibringen, in der der Betreffende seit dem 1. Januar 1900 gewohnt hat.

Als Beweis für die Eintragung in die Stimmlisten wurde jedem Stimmberechtigten ein Abstimmungsausweis zugestellt, ohne den eine Reise in das Abstimmungsgebiet gar nicht möglich war. Die Eintragungen in die Stimmlisten wurden auch kritisch von der Gegenseite kontrolliert:



Niebüll, d. 27-2- 20
An den Abstimmungsausschuss in Niebüll
z. H. Herrn Vorsitzenden

Wir haben uns davon überzeugt, daß Herr Rektor Lensch in Niebüll auf der Abstimmungsliste ist. Dagegen erheben wir Einspruch und ersuchen Sie hiermit, ihn von der Abstimmungsliste abzusetzen.
Begründung: Herr Rektor Lensch ist am 1. Januar 1900 Zögling des Seminars in Tondern gewesen. Schüler gelten, wie Ihnen bekannt, als dort beheimatet, wo ihre Eltern wohnen. Also war der Wohnort des Herrn Lensch damals seine Heimat in Eiderstedt, außerhalb des Abstimmungsgebietes, und kann er deshalb nicht stimmberechtigt sein.
Hochachtungsvoll
J. Gram
Jess Körting
Chr. Jessen Reinholdt
G. Damgaard

Den Wahlmodus hatte Dänemark bei der alliierten Kommission durchsetzen können. Auf deutscher Seite stieß das alles auf heftige Kritik. Man empfand dieses Vorgehen als hinterhältig. Man tat sich ohnehin schwer, die Kriegs-Niederlage als solche hinzunehmen und den für Deutschland belastenden

Friedensschluss von Versailles zu akzeptieren, zu dessen Konsequenzen nun auch die Grenzabstimmungen gehörten. Außerdem war ja bereits klar, dass die Einwohner der Orte im südlichen Gürtel der Zone I mehrheitlich für den Verbleib im Deutschen Reich waren, die zahlenmäßig größere Landbevölkerung jedoch mehr zu Dänemark tendierte.
Kundgebungen lösten sich im Abstimmungsgebiet einander ab. Im Kreis Tondern fanden mehrere Kundgebungen statt. Ein Höhepunkt war der „Schleswig-Holsteiner-Tag“ in Niebüll am 10. August 1919, wo etwa 10.000 Teilnehmer zusammengekommen waren.
Am 10. Januar 1920 trat der Versailler Vertrag mit der Ratifizierung der Pariser Verträge in Kraft. Mit diesem Tage übernahm die „Internationale Kommission“ die Verwaltung in beiden Abstimmungsgebieten. Sie hatte ihren Hauptsitz in Flensburg. Der „Flensburger Hof“ wurde das Hauptquartier der Kommission. Die Internationale Kommission verwaltete von jetzt ab das Plebiszitland (die beiden Abstimmungszonen).
Die höchsten Verwaltungsbeamten im Abstimmungsgebiet hatten die Leitung ihrer Verwaltung abzugeben. Die Kommission bestellte kommissarische Amtsträger. So musste der Oberbürgermeister von Flensburg, Dr. Todsen, sein Amt an Karl Holm abgeben. Der Landrat von Tondern, Emilio Böhme, musste sein Amt niederlegen. Das Landratsamt wurde kommissarisch vom Lehnsgraf Schack von Schackenburg geführt.

Die Internationale Kommission (CIS): v. l. Paul Claudel, Oskar v. Sydow, Sir Charles Marling, Brudenell Bruce, Thomas Heftye

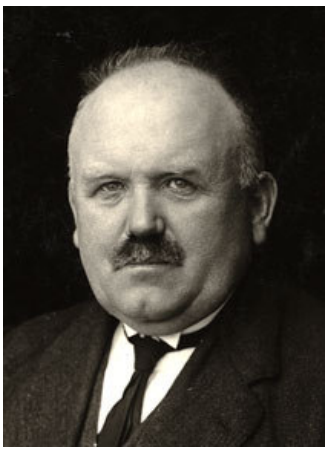
Die Internationale Kommission hatte fünf Kommissionsmitglieder: Es waren der Brite Sir Charles Marling, der französische Schriftsteller Paul Claudel, der Norweger Thomas Heftye und aus Schweden Oscar von Sydow.
Als Generalsekretär der Kommission, jedoch nicht stimmberechtigt, kam der Brite Charles Brudenell Bruce hinzu. Die Aufgaben der Kommission waren die Überwachung und Regelung der Abstimmungen und die Verwaltung der Abstimmungsgebiete bis zur Übernahme durch die Länder. Ihr Name war

„Commission Internationale de Surveillance du Plébiscite Slesvig“, abgekürzt „**C**ommission **I**nternationale **S**lesvig“ (**CIS**). (Internationale Kommission zur Überwachung der Abstimmung in Schleswig)
Eine von der „Internationalen Kommission“ ernannte Kontrollkommission der 2. Zone (außer Flensburg) hatte inzwischen ihre Geschäftsräume in Leck im „Zentral Hotel“ eingerichtet. Die Aufgabe der Kontrollkommission war es, die Einrichtung der Abstimmungsausschüsse in den verschiedenen Gemeinden zu begleiten und ihnen die Bestimmungen der Internationalen Kommission zukommen zu lassen.
Große Kundgebungen fanden im Abstimmungsgebiete statt. Der „Schleswig-Holsteiner-Bund“ hatte, obwohl er erst vor kurzem gegründet worden war, bereits über 40000 Mitglieder. Die Versammlungen gestalteten sich in Flensburg und den südlichen Gebieten Schleswigs zu gewaltigen Kundgebungen der Bevölkerung gegen „dänische Annexionsgelüste“, wie es hieß.
Aus dänischer Sicht war die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes die Erfüllung eines lang ersehnten Zieles gewesen, für sie war es die Wiedervereinigung alt-dänischen Landes. Aus deutscher Sicht bedeutete es eine ungerechtfertigte Teilung Schleswigs und den Verlust eines Teiles.

Die Friesen sprachen sich mehrheitlich für Deutschland aus, wenn es auch einige Stimmen für den Anschluss ganz Schleswigs an Dänemark gab, so etwa Johannes Oldsen aus Lindholm. Er sah sich nicht als Deutscher, sondern als Friese, und Friesland habe von Dänemark mehr zu erwarten als von Deutschland. Andere wiederum äußerten ihren Wunsch auf eine Autonomie mit eigener Selbstverwaltung. Cornelius Petersen aus Eiderstedt gebürtig, hatte den Hof Westeranflod bei Mögeltondern erworben. Er sprach sich für den Anschluss ganz Schleswigs bis zum Danewerk an Dänemark aus. Eine freiere Entfaltung

friesischer Kultur sei unter Dänemark eher möglich als unter Deutschland. Sie seien keine Dänen und keine Deutsche, sondern ein freies, selbständiges Volk.

Johannes Oldsen



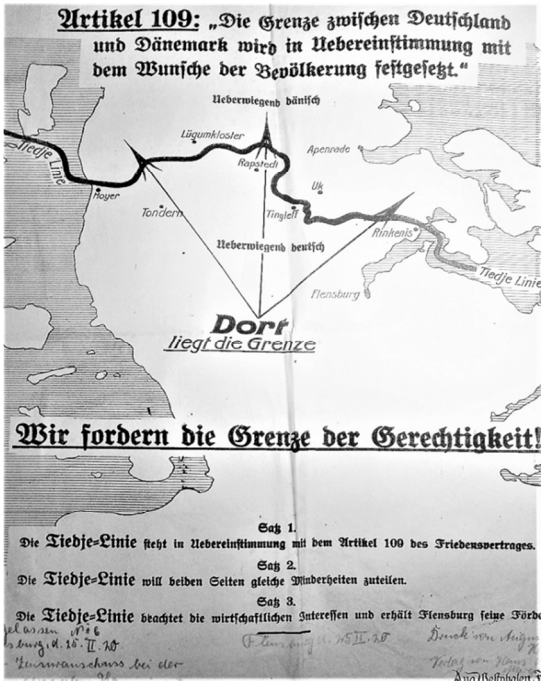
Cornelius Petersen

Im Schatten dieses Konflikts teilte sich auch die friesische Bewegung in Nordfriesland. Neben den 1902 gegründeten „Nordfriesischen Verein für Heimatkunde und Heimatliebe“, der sich entschieden für Deutschland erklärte und auch im Grenzkampf entsprechend agierte, trat 1923 der „Friesisch-Schleswigsche Verein“, der die Anerkennung der Friesen als nationale Minderheit anstrebte und Sympathien für die dänische Seite erkennen ließ.

Ende Januar 1920 wurde bekannt gemacht, dass die Abstimmung in der ersten Zone am Dienstag, d. 10. Februar 1920 stattfinden werde. Zur Beförderung der Abstimmungsberechtigten waren für den 7., 8. und 9. Februar insgesamt 22 Sonderzüge auf der Strecke Hamburg – Tondern eingeplant. Die Abstimmung in der zweiten Zone war für den 14. März vorgesehen.

Bei der Volksabstimmung in Nordschleswig, also in der ersten Zone, am 10. Februar 1920 stimmten von 112.515 Stimmberechtigten 25.329 (24,98 %) für Deutschland und 75.431 (74,39 %) für Dänemark; 640 abgegebene Stimmen (0,63 %) waren ungültig.

Das Schicksal Nordschleswigs schien damit entschieden zu sein. Die Abstimmungen hatten das zu erwartende Ergebnis. Bei den Deutschen wuchs die Befürchtung, dass nun die dänische Seite ihre Bemühungen verstärken würde, große Stimmanteile auch in der zweiten Zone zu erreichen. Die Not der Bevölkerung, die Verbitterung und die Unsicherheit nach dem verlorenen Krieg machten die Menschen zweifelnd. So wurden von dänischer Seite Fragen über Wirtschaft, Valuta, Viehpreise, Butterpreise, Schulden, Kriegsschulden in die politische Auseinandersetzung eingebracht. Der deutsche Historiker Johannes Tiedje legte noch am Tag der ersten Abstimmung einen Gegenentwurf zum Grenzverlauf vor.



Tiedjes Gegenentwurf zum Grenzverlauf

Hoyer 73 Mögeltondern 14 Tondern 77
Hoyer Land 62 Uberg 83 Tondern Land 32
Hostrup 49 Buhrkall 49 Tingleff 57
Prozentangabe der Stimmanteile für Deutschland im südlichen Gürtel der Zone I.

Wenn man sich die Ergebnisse im südlichen Gürtel der ersten Zone genauer ansieht, ist es zu verstehen, dass hier der Wunsch nach einer Verschiebung der Grenzlinie zwischen den beiden Zonen gefordert wurde. Außerdem rechnete man vor, würde der so genannte Tiedje-Gürtel bei Deutschland verbleiben, dann wäre die deutsche Minderheit in Dänemark kleiner, die dänische Minderheit in Deutschland größer und beide Minderheiten in etwa gleich groß.
Es stand jedoch zu befürchten, dass der Vorschlag viel zu spät eingebracht wurde.
Insgesamt wurde der Abstimmungskampf in den Abstimmungszonen von der dänischen und deutschen Seite mit großen nationalen Emotionen geführt. Denn schließlich musste man sich für die eine oder andere Seite entscheiden. Kompromisse gab es dabei nicht. In der Folge entbrannte ein heftiger propagandistischer Kampf um die Abstimmung in der zweiten Zone, südlich der Clausen-Linie. Hier sollte ja jede Gemeinde für sich abstimmen. Mit glühend begeisterten, aber auch mit zutiefst hasserfüllten Worten wurden die Menschen dazu aufgerufen, Stellung zu beziehen.
Am 16. Februar 1920 kam es zu der sogenannten „Niebüller Affäre". Die Dänen hatten eine Versammlung angesetzt mit Hofbesitzer Gram und dem Redakteur Andreas Grau als Redner. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in Niebüll und in der näheren Umgebung diese Nachricht. Zu mehreren Hunderten hatten sich die Einwohner im Saal des „Central Hotels", dem Hauptquartier der Dänen in

Niebüll, eingefunden. Nach Aussage des Vorsitzenden hatte man nicht mit dieser großen Beteiligung gerechnet.
Über die Versammlung, also wenige Tage nach der Abstimmung in Nordschleswig, also in der ersten Zone, berichtete die NfR:
Der Redner wurde andauernd durch wenig schmeichelhafte Zurufe unterbrochen. ... Als er behauptete, die erste Zone sei bereits dänisch, und wir stünden hier nicht mehr auf deutschem Boden, da war das Maß des Unwillens voll, und mit heller Begeisterung wurde das Schleswig-Holstein-Lied und „Deutschland über alles" gesungen.
Nachdem der Vorsitzende die Frage gestellt hatte, ob die Versammlung den weiteren Erklärungen ruhig Gehör schenken wollte, ertönte von allen Seiten ein entschiedenes „Nein!".
Hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden nach nur halbstündiger Dauer geschlossen und die Versammelten wurden aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Aus der Versammlung heraus wurde nun angeregt, die Versammlung in deutschem Sinne fortzusetzen. Der Vorsitzende Gram erklärte jedoch, dass das Lokal von ihnen gemietet worden sei. Als nun auch noch der Wirt von seinem Hausrecht Gebrauch machen wollte, da verließ man grollend das Haus, um sich nach „Schröders Hotel" zu begeben, wo der große Saal von den Versammlungsteilnehmern voll besetzt war.

Und über eine Wahlveranstaltung in Niebüll am 5. März im „Friesischen Haus" gibt es einen eigenen Bericht von Julius Momsen:
Der Rechtsanwalt Andersen sprach geschickt und versuchte, die Anwesenden mit wirtschaftlichen Gründen für Dänemark zu gewinnen. Ich wurde erregt, ich schlug mit der Faust vor Andersen auf den Tisch und brüllte ihn an, ob er glaube, dass wir Friesen so erbärmliche Menschen wären, dass wir unser Vaterland um äußerer Vorteile willen verraten würden. In der großen Menschenmenge, die den Saal bis auf den letzten Platz füllte, entstand eine erregte Stimmung, so dass die Dänen das Schlimmste befürchteten, als sie die Versammlung schlossen. Sie baten mich, ihnen behilflich zu sein, dass sie ungefährdet hinaus kämen. Ich versprach ihnen das und richtete einige beruhigende Worte an meine Landsleute, und hinter mir her verließen die Dänen in einer engen Gasse durch die zu beiden Seiten dicht gedrängt stehenden Menschen ohne Zwischenfall das Lokal.
Die von dänischer Seite abgehaltenen Kundgebungen und Veranstaltungen im südlichen Bereich des Kreises Tondern, also in der zweiten Zone, wurden mehrfach zu deutschen Kundgebungen umgewidmet. Den dänischen Rednern wurde heftig widersprochen, sie wurden unterbrochen und am Ende der

Veranstaltungen wurden Treuegelöbnisse an das deutsche Vaterland verlesen. Und stehend sangen dann die Anwesenden die Strophen des Schleswig-Holstein-Liedes. Die Veranstaltungen der Dänen wurden regelrecht „zersungen“.

Massen-
Kundgebung
der Deutschen Schleswigs
für ihr Recht
am Sonntag, 22. Februar 1920.

Einheitsprogramm:
Unser Rechtskampf
um die Grenze.

In Niebüll, Karstensen's Gasthof, 8 Uhr abends, Redner: Dr. Petersen, Großen-Wiehe.

In Fegetasch, Jens Jönnichsen's Gasthof, 3 Uhr nachmittags, Redner: Julius Momsen, Marienhof.

In Humptrup, Kierbüll's Gasthof, 7 Uhr abends, Redner: Julius Momsen, Marienhof.

Eine Ankündigung in der „Nordfriesische Rundschau“

Tondernsche Zeitung
Ältestes und gelesenstes Blatt im Kreise Tondern.
Verantwortlicher Redakteur: H. Becker, Tondern.
Druck und Verlag von Cornelius Petersen.
Telephon Nr. 141. — Telegramm-Adresse: Zeitung.
Freitag, den 12. März 1920.
Ein letzter Appell
an die Stimmberechtigten der zweiten Zone

Die „Tondernsche Zeitung“ mit einem Appell an die Dänen zur Wahl am 14.03.1920

Die Redner auf den deutschen Kundgebungen waren der Hofbesitzer Julius Momsen vom Marienhof in der Wiedingharde, dann Rektor Alwin Lensch aus Niebüll und der Seminarlehrer Richard Ortmann aus Tondern.

Das Gesamtergebnis der Volksabstimmung in Zone II am 14. März 1920 in Mittelschleswig mit Flensburg, Niebüll, Föhr, Amrum und Sylt hatte folgendes Ergebnis: Es votierten von 70.286 Stimmberechtigten 51.724 (80,2 %) für Deutschland und 12.800 (19,8 %) für Dänemark.

In Deezbüll traten 442 Menschen an die Wahlurne. 430 Stimmen fielen an Deutschland, 12 an Dänemark. In Niebüll stimmten 1302 für Deutschland und 49 für Dänemark.

In jeder einzelnen Gemeinde der zweiten Zone erklärten die Menschen mit zumeist großer oder sogar überwältigender Mehrheit, bei Deutschland bleiben zu wollen. Nur zwei kleine Orte auf der Insel Föhr hatten mehrheitlich für Dänemark gestimmt, Utersum (33/41) und Goting (29/34), sie verblieben aber in Deutschland.

Den ganzen Tag waren Niebüll und Deezbüll mit Flaggen geschmückt. Es wehten die deutschen und die schleswig-holsteinischen Fahnen. Unter allen wehte ein einziger Danebrog, nämlich vom „Centralhotel“, herab.

In dieser Nacht des 14. März ist viel gesungen worden, von Flensburg bis Dagebüll. Die zweite Zone feierte den Sieg des deutlichen Votums für

Deutschland. Glockengeläute, Ansprachen und Umzüge, Gesänge, das alles dauerte die ganze Nacht an.
Nationalpolitisch hatten die erste und zweite Zone, beide, eine deutliche Sprache gesprochen. Die Frage war nun, ob ökonomische Interessen eine Veränderung des Grenzverlaufs hervorrufen könnten. Wenn ich dies erwähne, muss man bedenken, dass der genaue Grenzverlauf zu diesem Zeitpunkt, nach der Abstimmung, noch nicht feststand und dass vieles, wenn auch nicht alles, sich noch im Fluss befand und dass man bestimmt von jeder Seite aus versuchen würde, die Grenze nach Norden oder nach Süden zu verschieben. Eigentlich war die Clausenlinie für beide Seiten ungünstig. Die Clausenlinie war so gezogen, dass sie im Westen Tondern von den Marschen abschnitt und im Osten Flensburg unerträglich einschnürte.
In Artikel 110 des Versailler Vertrages hieß es nämlich:
Bis zur Festsetzung an Ort und Stelle bestimmen die alliierten und assoziierten Hauptmächte eine Grenzlinie auf Grund des Ergebnisses der Volksabstimmung und des Vorschlages der internationalen Kommission, unter Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen der Gegend.
Auf dieser Basis versuchte man auf dänischer Seite, einen Vorstoß auf Flensburg zu machen, ebenso gab es Kräfte, die die vier Amtsbezirke Medelby, Ladelund, Süderlügum und Aventoft Dänemark zusprechen wollten. Der dänische „Mittelschleswigsche Ausschuss“ warb sogar für die Pläne einer Internationalisierung der zweiten Zone.
Andererseits versuchte die deutsche Seite, das mehrheitlich deutsch gesinnte Tondern mit seiner deutschen Umgebung zu gewinnen, das unbegreiflicherweise oder ungerechterweise, wie man meinte, wohl nur Mögeltondern zu Liebe, in die erste Zone mit der enbloc-Abstimmung einbezogen und mit gefangen war.
Aber es half alles nichts: Die deutsche und die dänische Regierung wurden am 15. Juni 1920 darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Clausen Linie die zukünftige Südgrenze Dänemarks bilden wird, und dass die zweite Zone an Deutschland zurückgegeben wird. Am 10. Juli ritt der dänische König Christian X. über die Königsau nach Nordschleswig ein.

Ein Schreiben des Gemeindevorstehers Heinrich Schmicker von Niebüll im Mai 1920 an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein sollte der Anfang eines neuen Zeitalters für die Gemeinde Niebüll bedeuten.
In dem Schreiben wird eingangs geltend gemacht, dass der nördliche Teil des Kreises Tondern bis zur Clausenschen Linie von den Dänen besetzt wurde und jetzt damit gerechnet werden müsse, dass dieses Gebiet Deutschland verloren

gehe. Südlich der genannten Linie umfasse der Kreis Tondern 89 Gemeinden und Gutsbezirke, 2 Städte und 16 Amtsbezirke mit 32343 Einwohnern.
Die Eingabe fährt dann fort:
Namens seiner Gemeinde bittet der Unterzeichnete, den südlichen Teil des Kreises Tondern, der diesseits der Clausenschen Linie liegt, als selbständigen Kreis bestehen zu lassen. .... ***Als neuen Kreisort bittet der Unterzeichner, Niebüll ins Auge zu fassen****, da dieses in der Mitte des genannten Gebiets liegt, nach allen Seiten vorzügliche Eisenbahnverbindungen besitzt, der größte Ort des festländischen Teiles ist und eine Reihe von Gebäuden hat, worin die Kreisbehörde untergebracht werden kann.*
Niebüll, den 14. Mai 1920
gez. Schmicker, Gemeindevorsteher
Dieser Brief bedeutet für Niebüll eine Zeitenwende.
Anfang Mai wurden schon erste Maßnahmen getroffen, um auf einen Umzug von Verwaltungseinrichtungen des Kreises von Tondern nach Niebüll vorbereitet zu sein. Einige Gebäude wurden durch die Gemeindevertretung vorsorglich angekauft. Kreiseinrichtungen, wie der Kreiseinkauf, die Mehl- und Futtermittelstelle, die Kohlenberatung, die Fleischversorgungsstelle und die Kreisfettstelle siedelten nach Niebüll über. Sie erhielten im Grundtschen Haus, in der Hauptstraße, ihre Geschäftsräume. Das Landratsamt hielt vorläufig hier mehrere Tage in der Woche Sprechstunden ab. Mehrere Beamte, meist die jüngeren, mussten schon nach Niebüll umsiedeln.
Die Gemeinde Niebüll hatte zu der Zeit etwa 2000 Einwohner. Niebüll war bis dahin ein größeres Marschendorf gewesen, war eigentlich kaum für größere Verwaltungsaufgaben und Verwaltungseinrichtungen eines Kreisortes vorbereitet.

Niebüll um die Jahrhundertwende

Einige Geschäftshäuser in der Hauptstraße

Es gab aber immerhin schon ein preußisches Amtsgericht und ein Katasteramt. Sicherlich hatte man auch im Nachbarort Leck den Wunsch, zentraler Verwaltungsort des neuen Verwaltungsgebildes zu werden. Aber Niebülls

Vorteil waren seine guten Verkehrsanbindungen; denn es bestand schon seit 1887 die Eisenbahnlinie Hamburg-Altona nach Tondern mit Niebüll als Eisenbahnstation. Und seit 1888 bestand die Bahnverbindung Niebüll – Flensburg, und die Kleinbahn Niebüll – Dagebüll gab es von 1895 an. Es lag also verkehrsgünstig nach allen Richtungen und zwischen Festland und den Inseln, und es hatte ein wohlhabendes Hinterland und eine strebsame Einwohnerschaft.

Heinrich Schmicker

Alwin Lensch

Emilio Böhme

Hier gab es eine Reihe von vorausschauenden Bürgern, die die Notwendigkeit zum Handeln und auch die Chance für die Entwicklung ihres Ortes zu einem neuen aufstrebenden Kreisort frühzeitig erkannten. Dazu gehörten der Landrat des alten Kreises Tondern, Emilio Böhme, dann der Gemeindevorsteher Heinrich Schmicker, der Amtsvorsteher Julius Grodrian und vor allen Dingen der Rektor der Volksschule, Alwin Lensch. Besonders Rektor Lensch ist es zu verdanken, dass man sehr schnell aktiv wurde. Er hatte großen Anteil daran, dass Planungen für die Zukunft des Ortes in Gang gesetzt wurden.
Es musste zuallererst das Problem der absehbaren Wohnungsnot gelöst werden. Durch die Übersiedlung zahlreicher Neubürger der Behörden und der Geschäftswelt war die Einwohnerzahl binnen Kurzem um 638 gestiegen.
Der Ort bestand zur Hauptsache aus Bauernhäusern und kleinen Geschäftshäusern, und es gab keine Wohnungen für hinzuziehende Beamte und Angestellte. Alwin Lensch wurde Mitbegründer der „Heimstätten- und Siedlungsgenossenschaft für Niebüll, Deezbüll und Umgegend“, die im September 1920 gegründet wurde.
Es sollte noch etwas dauern, aber Ende Oktober 1921 waren die ersten 32 Wohnungen von den Familien bereits bezogen worden. Und nach dem zweiten und dem dritten Bauabschnitt waren von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft 83 neue Wohnungen geschaffen worden, wodurch die allergrößte Wohnungsnot etwas gemildert worden war. Diese

Wohnungsfürsorge, auch in den Jahren danach, ist zur Hauptsache dem Bestreben des Rektors Alwin Lensch zu verdanken.

Die ersten Häuser der „Heimstätten- und Siedlungsgenossenschaft für Niebüll, Deezbüll und Umgegend“ 1921

Darüber hinaus hatte Lensch schon zu diesem Zeitpunkt weitreichende Vorstellungen über die schulische Landschaft in Niebüll gehabt. Im Protokoll der Gemeindevertretersitzung vom 5. April 1920 heißt es:
Rektor Lensch hat den Antrag gestellt, in Niebüll eine höhere Schule einzurichten.
Allerdings war auch in Bredstedt der Wunsch vorhanden, eine höhere Schule zu erhalten. Bereits im November 1919 ist von der Stadt Bredstedt der Antrag gestellt worden, falls für den Ausfall von Tondern die Errichtung einer Realschule an der Westküste in Frage kommen sollte, diese nach Bredstedt zu legen. Im Januar 1922 war noch nichts entschieden, denn der Bürgermeister von Bredstedt mahnte in einem Schreiben an das Ministerium in Berlin eine Entscheidung an. Alle Anstalten Tonderns seien nach Niebüll gekommen, er bitte deshalb in Erwägung zu ziehen, dass Bredstedt die neue Schule erhalten könne. Aber zu Ostern 1922 war die Sache entschieden. Wir kommen darauf zurück!
Die letzte Sitzung des Kreistages in Tondern fand am 9. Januar 1920 statt.
Am 23. Juni 1920 hielten die Kreistagsmitglieder für den deutsch bleibenden Teil des Kreises Tondern in „Schröders Hotel“ in Niebüll wieder die erste Sitzung ab, und zwar wieder unter dem Vorsitz des Landrates Emilio Böhme. Der Landrat verkündete auf dieser Sitzung: **„Die Kreisverwaltung wird ihren Sitz künftig in Niebüll haben. Der deutsch bleibende Teil des Kreises Tondern wird künftig den Namen „Südtondern“ führen.“**

Die erste Sitzung des Kreistages in Niebüll am 23. Juni 1920

Der Kreisausschuss des alten Kreises Tondern tagte noch einige Male im Jahr 1920 in Tondern. Die letzte Sitzung war am 5. Juni 1920 in Tondern. Den Vorsitz hatte der Lehnsgraf Schack-Schackenborg.
Wieder zum ersten Mal in Niebüll trat der Kreisausschuss des neuen Kreises Südtondern am 5. Juli 1920 zusammen, und dieses Mal auch wieder unter dem Vorsitz von Landrat Böhme. Die Mitglieder des Kreisausschusses waren auch im vorherigen Kreisausschuss vertreten: Deichgraf C. Th. Steensen - Störtewerkerkoog, Kaufmann Sörensen-Tinnum, Amtsvorsteher Peter Momsen-Neudamm, Hofbesitzer Melfsen-Wilhelminenhof.
Gleich nach der Abstimmung in der zweiten Zone arbeitete man in Tondern an der sorgfältigen Sichtung der Akten und des Inventars für die Übersiedlung nach Niebüll. In Niebüll war man dabei bemüht, ein Bürogebäude zu finden. Die Gemeinde Niebüll kaufte das „Central Hotel“ in der Hauptstraße auf der Grenze zwischen Niebüll und Deezbüll (heute: Naturkundemuseum), in das die Kreisverwaltung und der Kreisausschuss einziehen konnten.

Die Kreisverwaltung in Niebüll 1920

Am 20. Juni 1920 wurden das gesamte für die neue Kreisverwaltung bestimmte Inventar und die Akten in einen Güterwagen gepackt und nach Niebüll gebracht.

Das Gasthofgebäude war noch keineswegs für seinen neuen Zweck umgebaut. Überall hämmerten noch die Handwerker. In den Sälen mussten Zwischenwände eingebaut werden, damit Büros entstanden.
Die Sitzungen des Kreistages fanden vorerst im Saal von „Schröders Hotel“ statt. Der Kreistag des Kreises Südtondern konnte erst 1923 in einem neuen, fertiggestellten eigenen Sitzungssaal des Kreishauses tagen. Der neue Saal, der im Anbau des Kreishauses eingerichtet war, reichte zwar in seiner Ausstattung an den Luxus des früheren Sitzungssaales in Tondern nicht heran, aber man war sehr froh darüber, wieder einen eigenen Sitzungssaal zu besitzen.
Als Landratswohnung wurde das Brodersen´sche Haus erworben, wo sich später das Deichbauamt befand - gegenüber von Hotel Bossen, heute hat es einem Wohnblock Platz gemacht. Später erwarb man für die Landratswohnung eine Villa in der Koogsreihe. Die Niebüller Gemeindeverwaltung war in dem Grundt´schen Haus in der Hauptstraße eingezogen, wo heute die Redaktion des „Nordfriesland Tageblatt“ sich befindet.
Die Verlegung des Lehrerseminars war zur Notwendigkeit geworden. Nach 132-jährigem Bestehen musste die vom Propst Balthasar Petersen 1788 gestiftete Anstalt von Tondern verlegt werden.

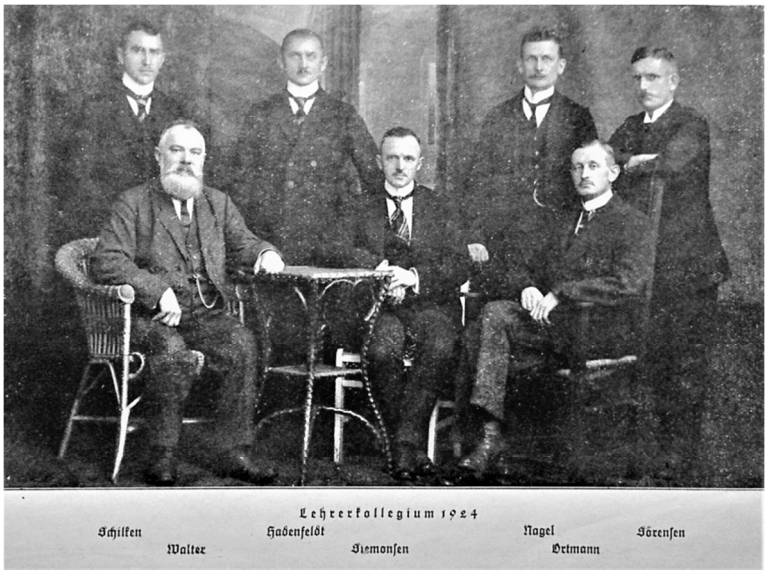
Das Kollegium des Lehrerseminars aus dem Jahre 1909 am Denkmal des Seminargründers Probst Balthasar Petersen

Von dänischer Seite wurde das Seminar als deutsche Einrichtung angesehen. Am 21. Mai 1920 versammelten sich die Schüler und Lehrer zum letzten Mal in Tondern. In der Aula der Realschule fand eine schlichte Abschiedsfeier statt. Man zog dann zum Gedenkstein im Seminargarten und legte Kränze nieder zum Gedenken an die Toten. Damit endete die Zeit des deutschen Lehrerseminars in

Tondern. Und so wurde dann Ende Juli 1920 die Niebüller Lehrerbildungsanstalt als Fortsetzung der Tonderner mit drei Seminarklassen und zwei Präparandenklassen eröffnet. Es war dringend erforderlich, dafür geeignete Räumlichkeiten ausfindig zu machen. Dem Einsatz des Rektors der Volksschule, Alwin Lensch, ist es zu verdanken, dass eine vorläufige Lösung gefunden wurde. Die Präparandenanstalt war eine weiterführende Schule, und sie konnte in einigen Räumen der Volksschule untergebracht werden. Auch der Konfirmandensaal diente als Klassenraum für die Präparanden. Das Lehrerseminar erhielt in Räumen der „Wilhelmschule“ eine Unterkunft.

Die „Wilhelmschule“ in Niebüll, seit 1870

Die „Wilhelmschule“ war eine weiterführende Privatschule, die seit 1870 in Niebüll bestand. Im März 1923 wurde sie geschlossen. Das Patronatsbild der Schule, das Bildnis Wilhelm I., gemalt von Carl-Ludwig Jessen, hängt heute im Amtszimmer des Schulleiters der Friedrich-Paulsen-Schule.
Im September des Jahres 1920 veranstaltete das Seminar schon am neuen Schulstandort zum ersten Mal ein Spielfest.



Das Kollegium im Jahre 1924

Nach Niebüll kamen die folgenden Lehrkräfte: Wilhelm Schilken, Otto Walter (von Lunden nach Niebüll), Fritz Hadenfeldt, Adolf Nagel, Richard Ortmann, Hans Antoni Sörensen, Peter Ingwersen (Er wurde Prorektor und der Seminarleiter). Claus Eskildsen, der Seminarlehrer bis 1920 in Tondern war, wechselte in den dän. Staatsdienst. Am 30. September 1921 war der Seminaroberlehrer Hans Siemonsen, Eckernförde, zum Prorektor befördert worden und mit der Leitung des Seminars in Niebüll anstelle des nach Rendsburg versetzten Seminardirektors Ingwersen beauftragt worden. Zusammenfassend kann man feststellen, dass hier drei Schulen miteinander verwoben waren: Die Verlegung des Seminars nach Niebüll machte nur Sinn, wenn gleichzeitig die Errichtung einer höheren Schule ins Auge gefasst würde, und die private Wilhelmschule würde dann ihre Pforten schließen können.

Das wirtschaftliche Leben in Niebüll erfuhr eine wesentliche Stärkung durch eine eingegangene ministerielle Verfügung, nach der die bisher in Tondern abgehaltenen Pferde-, Vieh- und Wollmärkte künftig in Niebüll abgehalten werden sollten. Am 1. März 1921 fand der erste Hauptviehmarkt in Niebüll statt, der von Auswärtigen gut besucht war und auf dem eine große Anzahl Pferde und Rindvieh zum Verkauf gestellt worden war. Begrüßt und gefeiert wurde die Eröffnung des Marktes von den Bauern und Viehhändlern mit vielen „Teepünschen“. In den Lokalen „Schweinemarkt“ (Bossen), im „Friesischen Haus“ (damals Andreas Hansen) und bei August Markussen (später „Hotel Stadt Tondern“) ging es an diesem Tage hoch her.

Pferde- und Viehmarkt in Niebüll

Der Viehhandel war von größter Bedeutung für Tondern gewesen. Durch die Grenzlinie wurde der Kreis in eine Marschen arme nördliche und vorwiegend Marschen besitzende südliche Hälfte geteilt. Dadurch verlor der Kreis Tondern durch die Clausen Linie seine Aufzuchtgebiete des Viehs in der Marsch. Die Märkte Tonderns waren Magerviehmärkte, in denen das Magervieh des Kreises und aus den nördlichen Kreisen im Frühjahr zum Verkauf gebracht wurde, um

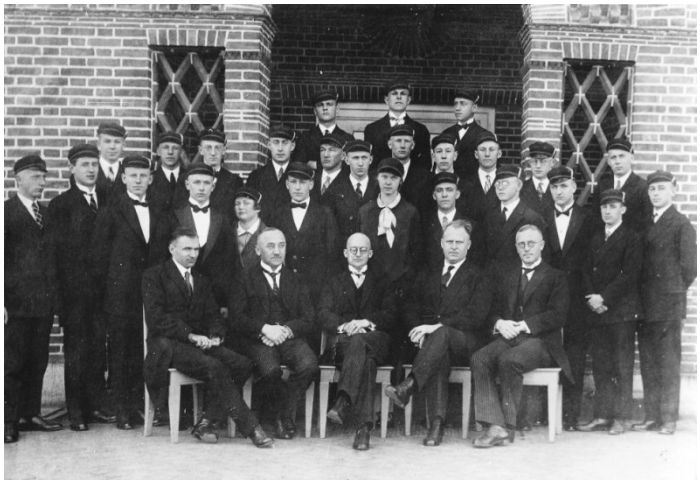
auf den südlichen Marschen fett gegräst zu werden und dann von den Händlern meist über den Husumer Fettviehmarkt an die Konsumenten im Deutschen Reich versandt zu werden. Die Zerschneidung des Kreises Tondern durch die Grenzziehung ließ die Weiterführung der bisherigen Viehwirtschaft nicht zu. Auch der Tonderner Einzelhandel erfuhr beträchtliche Einschnitte. Ihm war ein großer Teil seines Einzugsbereichs, nämlich der Kundenstamm bis Niebüll reichend, weggebrochen. Während also das Wirtschaftsgebiet Tonderns geschmälert wurde, erfuhr Niebüll durch die neue Lage 1920 eine wesentliche wirtschaftliche Stärkung.
Zwei Umstände kamen noch hinzu. Schon im Oktober 1919 hatten der preußische Landtag und der Reichstag ein 100-Millionenprogramm für die Stärkung und den Wiederaufbau des Abstimmungsgebietes beschlossen. Oberbürgermeister Hermann Todsen von Flensburg und die Landräte Anton Wallroth – Flensburg Land, und Emilio Böhme – Südtondern oblag zusammen mit dem Oberpräsidenten in Schleswig-Holstein die Verteilung. Flensburg wurden 47,5 Millionen Mark zugesprochen, Südtondern erhielt ca. 8 Millionen. Außerdem war man zunächst auf deutscher Seite in einem internationalen Wettbewerbsvorteil. In der Zeit von 1919 bis 1923 kann man von einem regelrechten Preis- und Exportdumping sprechen, was bedingt war durch den Wertverlust der Mark, die wiederum eine Folge der Kriegsfinanzierungen war. Das hatte zur Folge, dass die Zahl der einkaufenden Nordschleswiger in Flensburg und in Südtondern stark anwuchs. Der Grenzhandel war ein früher und recht positiver wirtschaftlicher Faktor für Südtondern. Für den Handel nördlich der Grenze war das ein großes Ärgernis. Im November 1923 hatte diese Inflationswirtschaft durch die Währungsreform und die Einführung der Rentenmark zunächst ein Ende gefunden.
Niebüll war noch nicht an das Elektrizitätsnetz angeschlossen. Aber 1923 war es soweit. Der Tag der Fertigstellung des Stromnetzes und der Tag der Eröffnung der ersten elektrischen Beleuchtung in Niebüll war der 15. Februar 1923. Übrigens später als im Nachbarort Deezbüll, wo Weihnachten 1922 der Ort in hellem Lichterglanz erstrahlte.
In dieser Anfangszeit des neuen Landkreises „Südtondern“ traf ein herber Schicksalsschlag die Grenzregion. Was war geschehen? Auf einer Deichfahrt am 29. Juli 1921 mit einem seiner Deichvögte in der Pferdekutsche war der Landrat Emilio Böhme tödlich verunglückt. Sein Begleiter hatte schwerverletzt überlebt. Emilio Böhme war am 1. April 1914 als Nachfolger von Landrat Rogge, also kurz vor dem Kriege, zum Landrat des Kreises Tondern ernannt

worden. Er hatte die Verwaltung in den schwierigen Verhältnissen des Krieges und der Staatsumformung geführt.
Eine entscheidende Entwicklung bahnte sich für die Schullandschaft im Lande an. Im November 1921 teilte Oberschulrat Dr. Edert mit, dass in der Provinz Schleswig-Holstein eine Umgestaltung des Gymnasiums und Realgymnasiums geplant sei. Das Provinzialschulkollegium plane die Abschaffung des lateinischen Anfangsunterrichts.
Weiterhin verlautete, es sollte in Preußen in etwa 50 Orten eine neue Schuleinrichtung errichtet werden, nämlich eine „Aufbauschule". Diese neue Schulform baute sich auf der Volksschule auf. Kinder, die begabt waren und die Volksschule 7 Jahre besucht haben, konnten in die Aufbauschule eintreten, in der sie in sechs Jahren zum Abitur, also zur Berechtigung zum Universitätsstudium geführt wurden. Die geplanten Neuerungen sollten schon zu Ostern 1922 durchgeführt werden, und es war so gut wie sicher, dass Niebüll eine Aufbauschule bekommen sollte.
Was für ein Glücksfall für den Kreisort Niebüll. Eine solche Schule war für den Ort und die ganze Region von größter Bedeutung. Denn bisher war es Kindern nur möglich, das genannte Ziel in Flensburg, Husum oder anderen Orten zu erreichen. Die neue Schule würde den Charakter der Höheren Schule tragen und keineswegs mehr eine Lehrerbildungsanstalt sein.
Es war auch die Errichtung einer Realschule geplant. Sie führte in sechs Jahren nach der 4. Grundschulklasse bis zum „Einjährigen".
Die Lehrerausbildung, auch sie sollte eine Reform erfahren. Ein Studium für angehende Lehrer sollte künftig auf dem Abitur aufbauen. Die Ausbildung des Lehrers würde in besonderen Pädagogischen Akademien oder Hochschulen erfolgen. Eine pädagogische Hochschule konnte der Ort nicht erhalten. Aber seine Vorstellungen für einen weiteren Aufbau des Schulsystems im Orte erhielten jetzt realistischen Charakter.
Die Entscheidung des Ministers war nun eingetroffen: zu Ostern 1922 sollten die Aufbauschule und die Realschule in Niebüll eingerichtet werden.
Ein Problem war die Unterbringung der neuen Schulen. Die erste Klasse der Realschule wurde im Konfirmandensaal untergebracht. Die Aufbauschule war zusammen mit dem Lehrerseminar in der Volksschule und in Räumen der Wilhelmschule untergebracht worden.
Die Benutzung der Räume war ein Notbehelf. Das Hauptbedürfnis war jetzt ein neues Schulgebäude. Es musste für die beiden höheren Schulen <u>ein</u> Schulhaus gebaut werden, und zwar ein gemeinsames Gebäude. Die beiden Schulen mussten unter einer Leitung stehen. Je ein eigenes Gebäude wäre eine

Verschwendung. Der Fortgang des Schulbaues der neuen Schule wurde durch die immense Inflation in Deutschland erheblich beeinträchtigt. Erst 1924 konnte das Richtfest gefeiert werden. Die Einweihung der Schule war auf Dienstag, den 25. August 1925, festgesetzt worden.

Einweihung der „Friedrich-Paulsen-Schule“ 1925

Die Schule erhielt den Namen „Friedrich-Paulsen-Schule“, nach dem berühmten Philosophen und Pädagogen, der 1846 im nordfriesischen Langenhorn geboren war und in Berlin akademischen Ruhm erlangte, wo er 1908 verstarb.
Die größte Glocke im Turm der Friedrich-Paulsen-Schule trägt eine Inschrift. Sie lautet:
Hell klingt meine Stimme nach Norden gewandt.
Bleib treu dem deutschen Vaterland.
In diesem Zweizeiler sollte zum Ausdruck kommen, dass man der Schule die Aufgabe zudachte, mit ihrer Arbeit nach Nordschleswig auszustrahlen.
1928 ist der erste Abiturjahrgang der Friedrich-Paulsen-Schule entlassen worden. 26 Abiturienten, darunter 2 Abiturientinnen.



Der erste Abiturientenjahrgang 1928

Durch die neue angekündigte Reform der Lehrerausbildung waren die Tage des Lehrerseminars in Niebüll gezählt. Lehrer sollten zukünftig in pädagogischen

Hochschulen herangebildet werden. Mit dem Jahresabschluss des Seminars am Ende des Schuljahres im März 1925, schloss das Seminar seine Pforten. Das Tonderner Seminar, als dessen Fortsetzung das Niebüller Seminar anzusehen war, wurde 1788 mit 13 Schülern eröffnet. Es war das älteste der Provinz, gestiftet vom Probst Balthasar Petersen. Im Jahr 1925 schloss also das alte Lehrerseminar nach 137 jährigem Bestehen seine Pforten. In der Zeit seit 1788 sind in dem Lehrerseminar 3200 Lehrer ausgebildet worden. Davon haben in der Niebüller Zeit 213 Schüler die Abschlussprüfung bestanden.
Auf der Abschlussfeier in Niebüll im „Friesischen Haus“, zu der Lehrer aus allen Teilen des Landes am 1. April 1925 gekommen waren, sagte Oberschulrat Dr. Edert vom Provinzialschulkollegium in Schleswig, Trauer und Freude vermischten sich in diesem Fest. Es gelte nun, etwas Neues zu schaffen. Er könne versichern, dass in der neuen Aufbauschule die Erinnerung an das Tonderaner Seminar fortleben werde.
Die Schlussfeier des Tonderner Seminars endete am nächsten Tag mit einer Feier in der Kirche, wo Prorektor Siemonsen die Gäste verabschiedete.

Die Arbeiten am Dammbau vom Festland nach Sylt

Ein weiteres großes Vorhaben, mit dessen Planungen man schon vor dem Kriege, nämlich 1913, begonnen hatte, ging jetzt seiner Vollendung entgegen. Die dänischen Blätter hatten noch 1918 gehöhnt, das schaffen die Deutschen nie. Es werde für die Besucher Sylts immer notwendig sein, von Hoyer aus das Schiff zu nehmen. Aber im September 1925 wurde vom Dammbau vom Festland zur Insel Sylt berichtet, dass die beiden Arbeitergruppen vom Festland und von der Insel im Wattenmeer zusammengetroffen waren. Damit war die durchgehende Spundwand fertiggestellt und eine erste durchgehende Verbindung des geplanten Eisenbahndamms hergestellt. In den Jahren vorher war schon die Bahnverbindung auf dem Festland von Niebüll nach Klanxbüll erstellt worden.

Reichspräsident v. Hindenburg bei der Einweihung des Eisenbahndammes

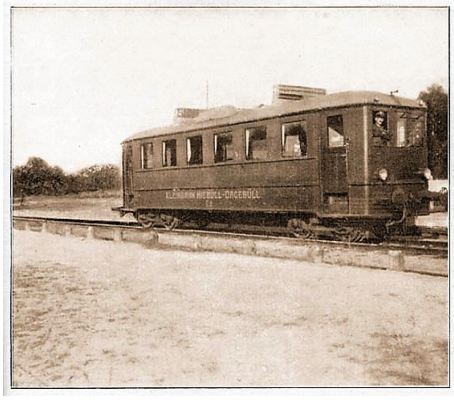
Die Fertigstellung und Einweihung des Dammes wurde am 1. Juni 1927 gefeiert. Der erste offizielle Personenzug war der Zug mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg und seinem Gefolge.

Ein 11 km langer Damm verband von nun ab das Festland mit der Insel.

Durch die leichtere Erreichbarkeit der Insel eröffnete sich für die Niebüller und die Bewohner der umliegenden Gemeinden ein wichtiger Arbeitsmarkt in der aufwachsenden Tourismusbranche auf Sylt. Das bestärkte auch wiederum das Anwachsen der Einwohnerschaft Niebülls und Südtonderns.

Heute ist die Strecke eine der lukrativsten Strecken der Deutschen Bahn.

Bei der Kleinbahn Niebüll – Dagebüll gab es ebenfalls neue Pläne. Die Eigentümer waren die Stadt Wyk und die Gemeinde Niebüll. Die Streckenlänge der Bahn betrug 13,78 km, ihre Spurweite leider nur 1,00 m und die Höchstgeschwindigkeit 25 km/h.



Der neue Triebwagen der Kleinbahn Niebüll - Dagebüll

Im April 1926 wurde die Regelspur oder Vollspur für den Personen- und Stückgutverkehr in Betrieb genommen. Durch diese Vollspurbahn Niebüll – Dagebüll wurde eine schnellere und intensivere Verbindung zwischen dem Festland und den Inseln Amrum und Föhr möglich gemacht.

Eine rege Bautätigkeit hatte in Niebüll seit 1920 eingesetzt. In dieser Dekade von 1920 bis 1930 hatte sich der Ort von einem Dorf mit reetgedeckten Bauernhäusern in einen Kreisverwaltungsort mit städtischem Charakter verwandelt. Dazu hatten auch besonders die Neubauten der Niebüller Geschäftsleute beigetragen.
Zu den öffentlichen Gebäuden, die in dieser Zeit entstanden sind, gehören:
Das Rathaus, das am 26. Juni 1928 vom Gemeindevorsteher Wilhelm Kuhs eingeweiht werden konnte.

Einweihung des Rathauses im Juni 1928

Fertigstellung des Krankenhauses 1929

Die feierliche Einweihung des neuen Krankenhauses fand im August 1929 statt. Unbedingt notwendig für die Krankenversorgung durch das Krankenhaus war das Vorhandensein von einwandfreiem Wasser, das sauber und keimfrei war. Nach mehrfachen ergebnislosen Bohrungen gelang es, im Raum Lindholm geeignetes Wasser zu finden. Im August 1929 wurde das Wasserwerk in der Gemarkung Kornkoog, in Legerade, eingeweiht. Es diente der Versorgung Niebülls bis 1950. Das Wasser stammte aus 22 bis 30 Metern Tiefe, durchlief eine Wasserreinigungsanlage, und mit zwei Rohrleitungen konnte Niebüll mit frischem Wasser versorgt werden.

Das Wasserwerk in Legerade

Das Katasteramt

Drei weitere öffentliche Bauten in Niebüll entstanden noch von 1928 bis 1930: Im November 1929 konnte der Neubau eines Katasteramtes bezogen werden. Heute ist das Gebäude integriert in das Ensemble der VR Bank. Das

Schülerheim der Friedrich-Paulsen-Schule konnte im Mai 1930 eingeweiht werden, gemeinsam mit dem Neubau eines Direktorenwohnhauses.
Und im Juni 1930 verkündete die Zeitung stolz die Eröffnung des Postamtes.

Das Schülerheim der FPS

Das neue Postamt am Bahnhof, davor das Bahnhofshotel

Die Bautätigkeit kam in ganz Deutschland zum Erliegen. Die wirtschaftliche Lage des Handwerks wurde im Jahr 1930 zunehmend bedrohlicher.
Die Weltwirtschaftskrise hatte ihre schlimmen Folgen für die Bevölkerung. Die Erwerbslosenzahl stieg auch in Nordfriesland rasant an. Im ganzen Reich hatte die Zahl der Arbeitslosen 1930 die Höhe von 3,5 Millionen erreicht.
Damit einher ging eine zunehmende Radikalisierung. Die Weimarer Republik hatte von Anfang an Feinde von links und von rechts. Hinzu kamen aber die Streitigkeiten der politischen Parteien in Berlin. Machtkämpfe der Parteien und Uneinigkeit im Handeln der demokratischen Parteien führten zur Verstärkung der innenpolitischen Krise im Staate.
Ein Symbol für die zunehmende Radikalisierung im Lande ist der Bombenanschlag auf die Landratswohnung in Niebüll am 10. Juli 1929, bei dem glücklicherweise niemand verletzt wurde, jedoch erheblicher Sachschaden entstand. Aber das alles führt uns im Rahmen dieses Vortrags zu weit weg von unserem Thema. Niebüll in der folgenden nationalsozialistischen Zeit ist wieder ein weiteres Thema, das ich in diesem Rahmen nicht leisten kann.

Abschließend lässt sich sagen, dass Niebüll in diesem Jahrzehnt eine riesige Entwicklung erlebt hat: vom Marschendorf zum kommunalen Mittelpunkt in der Region. Sie war ausgelöst worden durch die politische Setzung im Versailler Vertrag über die Abstimmung im Herzogtum Schleswig. Umgesetzt wurde diese Entwicklung durch den besonderen Einsatz der Bewohner Niebülls.

Die Bürgermeister in diesem Jahrzehnt waren: Heinrich Schmicker, Johannes Thießen, Wilhelm Kuhs.

Heinrich Schmicker
1916 - 1924

Johannes Thießen
1925

Wilhelm Kuhs
1926 - 1938

Die Landräte waren: Emilio Böhme, Hans Bielenberg, Hans Skalweit. (Graf Schack während der Plebiscitzeit)

Emilio Böhme
1914 – 1921

Hans Bielenberg
1921 – 1925

Hans Skalweit
1925 - 1933

Der Ort hat nach dem Ende des Weltkrieges 1945 ein ständiges Anwachsen und eine Weiterentwicklung erfahren. Am 1. April 1950 wurde Deezbüll nach Niebüll eingemeindet. Im Jahr 1960 erhielt Niebüll die Stadtrechte. Am 26. April 1970 verlor Niebüll den Status einer Kreisstadt auf Grund der Kreisreform, bei der die Kreise Südtondern, Husum und Eiderstedt zusammengelegt wurden. Ein neuer Kreis war geboren, der Kreis Nordfriesland mit der Kreisstadt Husum. Aber Niebüll blieb der zentrale Ort in der Region mit wichtigen Einrichtungen.

Das neue Rathaus der Stadt Niebüll

Am 1. Januar 2008 wurde im Rahmen einer Verwaltungsreform aus den Gemeinden der Ämter Bökingharde, Karrharde, Süderlügum und Wiedingharde, sowie der Gemeinde Leck und der Stadt Niebüll das Amt Südtondern gebildet. Es umfasst 30 Gemeinden und damit denselben festländischen Teil des ehemaligen Kreises Südtondern ohne das ehemalige Amt Medelby. Der Verwaltungssitz des Amtes Südtondern ist wieder in Niebüll.
Niebülls Verwaltung vermeldete 2018 stolz die Erreichung der Marke von 10.000 Einwohnern. Die Abstimmungen vom 10. Februar und vom 14. März 1920 waren die ersten Umsetzungen des Prinzips des Selbstbestimmungsrechtes. Sie haben auf beiden Seiten der Grenze noch lange Zeit Unzufriedenheit zurückgelassen. Trotzdem, es hat 100 Jahre um diese Grenze keine Kriege mehr gegeben. Die Volksabstimmungen waren die Basis für ein friedliches Nebeneinander, trotz der verhängnisreichen Zeit von 1933 bis 1945 und der frühen Nachkriegszeit. In den „Bonn-Kopenhagener-Erklärungen“ von 1955 wurden die Rechte der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze festgeschrieben. Damit war die Grundlage für einen dauerhaften Grenzfrieden in der Region erzielt. Es geht uns heute um ein partnerschaftliches Miteinander in einem gemeinsamen Europa.

Arriva !
In 17 Minuten von Niebüll nach Tondern.
Eine gute Verkehrsverbindung von Niebüll nach Tondern und das stündlich.
Steigen Sie ein!